

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Ulrike Höfken, Steffi Lemke und der Fraktion BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN**

**zur zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und  
F.D.P.**

**– Drucksachen 13/2747, 13/3057 –**

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Reform der agrarsozialen  
Sicherung (ASRG-ÄndG)**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Artikel 1 § 85 wird Absatz 3 a Nr. 2 wie folgt gefaßt:

„2. der Wirtschaftswert des Unternehmens nach den betrieblichen  
Verhältnissen am 1. Juli 1994 30 000 Deutsche Mark nicht über-  
schritten hat.“

In Artikel 1 § 85 wird Absatz 3 b Nr. 1 wie folgt gefaßt:

„1. der Wirtschaftswert des Unternehmens der Landwirtschaft  
30 000 DM nicht überschreitet.“

In Folge müssen die in der Berechnung (§ 33) des Zuschusses so-  
wie die sich in der Anlage 1 ergebenden Änderungen entspre-  
chend berücksichtigt werden.

Bonn, den 22. November 1995

**Ulrike Höfken**

**Steffi Lemke**

**Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion**

## **Begründung**

Durch die Agrarsozialreform entstehen vielen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieben zusätzliche finanzielle Belastungen, da eine Beitragsbefreiung für landwirtschaftliche Unternehmen nur vorgenommen werden kann, wenn der Wirtschaftswert nicht 15 000 DM übersteigt. Die Ermittlung des landwirtschaftlichen Einkommens bei nicht buchführenden Betrieben erfolgt durch den sogenannten „korrigierten Wirtschaftswert“. Für Nebenerwerbsbetriebe kommen dadurch berechnete Einkommen zustande, die

den Familien faktisch nicht zur Verfügung stehen. Gerade die schwachen kleineren Nebenerwerbsbetriebe dürfen nicht weiter wirtschaftlich belastet werden, da sonst die Fortführung der landwirtschaftlichen Tätigkeit in Frage steht.

Mit der nun vorliegenden Änderung der Agrarsozialreform wird diesem Problem jedoch kaum Rechnung getragen und eine notwendige Erhöhung des Wirtschaftswertes landwirtschaftlicher Unternehmen nicht vorgenommen. Mit der Erhöhung des Wirtschaftswertes auf 30 000 DM wird zukünftig ein größerer Teil der Nebenerwerbsbetriebe von der Beitragspflicht freigestellt und eine unvertretbare Härte für kleine Betriebe ausgeräumt.